

## II. Mitteilungen des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung

Tagungsbericht:

Was wird aus Europa? Europa der Vaterländer, der Regionen, der Bürger?

Eine deutsch-französische Bestandsaufnahme<sup>1</sup>

Der anspruchsvoll weit formulierte Titel dieser von Helga Grebing (Bochum) und Rudolf von Thadden (Göttingen) geleiteten, in Zusammenarbeit mit dem Max-Planck-Institut Göttingen, dem Centre franco-allemand de Recherche en Sciences Sociales Berlin und der Université Européenne Paris konzipierten Tagung des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum und des Europabeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Herrn Minister Wolfgang Clement, begleitete 70 Wissenschaftler und Politiker an drei kalten Novembertagen 1994 in der früheren, inzwischen umstrukturierten, Metropole des deutschen Bergbaus, in Bochum.

Hintergrund dieser nicht als Alternative gedachten Fragen war nicht die Annahme, eine Prognose für die Zukunft Europas „nach dem Sieg des Westens, der mitteleuropäischen Revolution von 1989“ (Peter Glotz) finden zu können. Zugrunde lag vielmehr die Vermutung, daß aus historischer Perspektive, beim Blick zurück in die Geschichte, Spuren bloßgelegt werden könnten, die, wenn schon keinen Königsweg, so doch richtungsweisend in der gegenwärtigen Phase des „Pessimismus“ der politischen Einigung Europas sein könnten. Es könnte schließlich sein, daß die „Krise“, in der Europa sich nach den Regierungskonferenzen von Maastricht, dem Wiederaufleben längst totgeglaubter Nationalismen im früheren Jugoslawien und der früheren Sowjetunion befindet, auch etwas mit dem Verlust der Genese von Werten und Überzeugungen zu tun hat, die sich in der ökonomisch verengten Wahrnehmungsperspektive vieler „Eurokraten“ mitunter widerspiegelt. Vier Jahre nach der deutschen Vereinigung, zwei Jahre nach Maastricht, bedarf es, so die vorwegnehmenden zentralen Überlegungen der abschließenden Podiumsdiskussion (Die Teilnehmer waren: Jean-Louis Bianco, ehemaliger Sprecher des Präsidenten und Transportminister der französischen Regierung; Daniel Vernet; langjähriger Chefredakteur von *Le Monde*; Joachim Fritz-

1 Tagung des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum und des Europabeauftragten der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, vom 24. bis 26. November 1993.

Weitere Tagungsberichte sind erschienen in: *Lendemains* 73, 1994, S. 98-107; *Actes Relations Culturelles Internationales et Processus de réformes en Europe Centrale*. Groupe HEC Université Paris VIII, Paris 1994, S. 215-225; Dokumente. Zeitschrift für den Deutsch-Französischen Dialog, 1994, H.3, S. 232f.

Vannahme, Die Zeit/Hamburg; Wolfgang Clement, Minister und Europabeauftragter der Landesregierung Nordrhein-Westfalen und die Professoren Helga Grebing und Rudolf von Thadden), einer „neuen Heiratsstrategie für den Standort Europa“ (Jean-Louis Bianco), einer „institutionell demokratischen Architektur Europas“ (Mario Telo, Brüssel). Die Frage nach der „Identität der Europäer“ (Helga Grebing), nach den demokratisch-politischen Prozessen und Wegen, die dahin aus historischer Perspektive führen könnten, war für alle Teilnehmer ein politisches Desiderat, was diesen für eine wissenschaftliche Tagung umfassenden Denkansatz rechtfertigte.

Thematisiert wurden solche Fragen in vier Sektionen :

1. **Grenzen Europas?** (mit Beiträgen von Rudolf Vierhaus, Göttingen; Jean-Pierre Faye, Paris; Rudolf von Thadden, Göttingen/Paris/Frankfurt a.d.O.; Claudia Ulbrich, Bochum/Saarbrücken; Fred Schrader, Paris/Mannheim; Frédéric Hartweg, Paris; Blandine Kriegel, Lyon; Hans-Erich Bödeker, Göttingen; Thomas Mergel, Bochum; Jutta Seidel, Leipzig; Bernd Kuhlemeyer, Göttingen; Etienne Francois, Berlin/Paris).
2. **Staatliche und betriebliche Sozialpolitik im 19. und 20. Jahrhundert?** (mit Beiträgen von Hans Mommsen, Bochum; Patrick Fridenson, Paris; Hartmut Kaelble, Berlin; Sandrine Kott, Paris; Rainer Gregarek, Aix-en-Provence; Detlev Puls, Bochum; Dick Geary, Nottingham; Rainer Hudemann, Saarbrücken).
3. **Mitteleuropa – Paneuropa – Europa von unten in der Zwischenkriegszeit** (mit Beiträgen von Hans-Manfred Bock, Kassel; Jochen Hoock, Paris; Werner Abels-hauser, Bielefeld; Lucian Hölscher, Bochum; Zdenek Kárník, Prag; Maurice Braud, Paris; Feliks Tych, Warschau).
4. **Spannungsfelder im Europa der Gegenwart** (mit Beiträgen von Walther Müller-Jentsch, Bochum; Babette Nieder, Paris/Berlin; Paul Klemmer, Bochum; Mario Telo, Brüssel; Peter Kühne, Dortmund; Hervé Joly, Paris; Werner Wobbe, Brüssel; Bernd Faulenbach, Bochum; Jean-Luc Malvache Vendôme/Bochum; Detlev Samland, Essen.)

## 1. Die Grenzen Europas?

Den wohl weitesten Bogen schlug Blandine Kriegel (Lyon). Sie fragte nach den Unterschieden zwischen West- und Osteuropa und dem von den Aufklärern betonten, jeweils unterschiedlichen Verhältnis zum Römischen Reich (romanicité), Christentum und Staat. Im Orient lebt die Tradition des Römischen Reiches weiter (gemeint war das kaiserliche Rom und nicht das republikanische). Im Abendland wurde diese Tradition aufgehoben. Der moderne Staat (Rechtsstaat und Nationalstaat) konnte sich nur in Westeuropa herausbilden. Nur hier wurde das Konzept eines „universellen Reiches“ abgelehnt, die Pluralität der Staaten, rechtsstaatliche Prinzipien, das Naturrecht, das internationale Recht, die Gewaltenteilung, das Repräsentationsprinzip konnte sich deshalb herausbilden. In Osteuropa blieben die Reichsidee und die Feudalordnungen bis ins 19. Jahrhundert bestehen.

Dieser historische Antagonismus werde gleichwohl durch kulturelle Gemeinsamkeiten durchbrochen. *Blandine Kriegel* erwähnte Beispiele aus den unterschiedlichsten Wissenschaftsdisziplinen. Als Ergebnis ihrer Untersuchung stellte sie fest, daß Europa durch die Pluralität seiner Traditionen geprägt ist, und daß nur ein Eingehen auf diese Alterität, die auch unterschiedliche historische und politische Erfahrungen einschließt, die Überwindung der Hürden und Hindernisse, die eine Realisierung des Projekts Europa verhindern könnten, ermöglichen kann.

Die zweite Grundlegung, die nach der „lateinischen Christenheit“ das moderne Europa prägte, ist die „Epoche der Aufklärung“. Durch die Brille der 200jährigen Erfolgs- und Verlustgeschichte betrachtet, läßt sich die Aufklärung heute nicht mehr nur als noch nicht verwirklichte Utopie, als Bild einer unvollendeten Zukunft darstellen. Die Grenzen des Fortschritts, der Moderne, die Krankheiten der Vernunft sind angesichts der Kriege, der Barbarei, des Rassismus, von Hunger und Flüchtlingselend, kulminierend in den beiden Weltkriegen und im Wiederaufleben der Nationalitätenkonflikte im 20. Jahrhundert. bei steigender Massenarbeitslosigkeit nur allzu deutlich sichtbar geworden. Andererseits führt kein Weg an der Aufklärung und an Europa vorbei.

Denn, ein zurück in die vorindustrielle Welt, in irrationalistische Heilslehren und „fundamentalistische religiöse Rückorientierungen“ wären keine Alternative. Insofern ist ein, wenn auch kritischer, gleichsam ambivalenter Blick zurück zur Geburtsstunde der Aufklärung, dem Europa schließlich seine Weltgeltung verdankte, unabdingbar. Dies führte *Rudolf Vierhaus* (Göttingen) aus und zeigte u.a., daß das Europa der Aufklärung keineswegs so „europazentrisch“ konzipiert wurde, wie dies häufig behauptet wurde. Er zeichnete ferner das Bild einer Vielfalt regionaler und nationaler Identitäten, vor allen Dingen als föderative politische Ordnung, sanktioniert durch ein europäisches Bürgerrecht. Es wurde ein „Nationalbewußtsein“ geprägt, das dem „Europabewußtsein“ nicht widersprach. Die Leitvorstellung, die „zivile Bürgergesellschaft“ ging nicht in der Staatsangehörigkeit auf. Erst das 19. Jahrhundert schuf jenes Leitbild, in dem die Rechte und Pflichten der Untertanen, der Menschen und Bürger mit der Staatsnation identisch waren.

Forschungsstrategisch läßt sich hieran anknüpfen: So war der Fortschrittsglaube keineswegs so konsensfähig wie mitunter behauptet wird. Immerhin ist die „soziale Frage“ (zum Beispiel das Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit) nicht nur in der Revolution selbst Gegenstand der Verfassungsberatungen gewesen, sondern von einigen Denkern im Streit mit den liberalen Ökonomen der Epoche entwickelt worden. Die Frage von *Rudolf Vierhaus*, ob Europa in der Lage sein wird, „das einstige, von ihm selbst geschaffene Paradigma der frühen und allzu optimistisch gedachten Moderne“ hinter sich zu lassen und zu einer wirklichen modernen Bürgergesellschaft zu werden“, wurde in einigen Beiträgen bereits aufgegriffen. So in jenen Abhandlungen, die sich mit Grenzregionen befaßten. *Frédéric Hartweg* (Paris) beschrieb z.B. das Elsaß als Eck- oder gar Schlußstein des neu entstehenden europäischen Gebäudes. Das „Gedächtnis der Grenze“ im 18. Jh. wurde von *Claudia Ulbrich* (Bochum) am Beispiel des Saar-Lothringen-Luxemburg-Raumes erörtert. Es handelt sich jeweils um „vornationale Elemente“, die für eine europäische Identität aus historischer Perspektive mit regulativer Funktion beschrieben wurden. Aus dieser Optik einer Geschichte der

soziokulturellen, grenzüberschreitenden Verknüpfungen lief längst nicht alles auf eine nationalstaatliche Entwicklung hinaus, wie *Fred Schrader* (Paris), aber auch *Gricelda Sarmiento*, als einzige Vertreterin aus Übersee (Argentinien), belegten. Im Diskurs der Staatswissenschaften lassen sich ebenfalls Gesetze als Elemente der europäischen Gemeinschaft, der europäischen Zusammengehörigkeit, erkennen. *Hans-Erich Bödeker* (Göttingen) sprach von einem „übernationalen und durchsetzungsfähigen europäischen Verfassungskonsens kultureller Gemeinsamkeiten“. *Jean-Pierre Faye* (Paris) schließlich, versuchte durch den Rückgriff auf Texte Friedrich Nietzsches aus dem Jahre 1885 zu belegen, daß die Macht des Weltmarktes stärker sein werde, als die Kleinstaaterei Europas. Diese „letzte Grenze“ Europas würde auch politisch erreicht werden können. Die Periode der sich bekämpfenden Nationalitäten würde, so die Vision, der „föderativen europäischen Republik“ weichen. *Jean-Pierre Faye*s Appell an die Mitglieder der Tagung in der von ihm angeregten „europäischen Universität“ aktiv mitzuarbeiten, Forschungen in dieser Richtung zu betreiben, war die Antwort des Wissenschaftlers auf die politische Forderung Wolfgang Clements, den „Maastrichter Vertrag“ nach Kräften und Möglichkeiten durch neue Ideen mitzugestalten.<sup>2</sup>

## 2. Staatliche und betriebliche Sozialpolitik ?

Die Konstituierung einer europäischen Bürgergesellschaft wird nicht zuletzt davon abhängen, ob es gelingt, eine gemeinsame europäische Sozialpolitik zu gestalten. Schließlich sind die sozialen Interessen der europäischen Bürger trotz sprachlicher Unterschiede, anderer kultureller, politischer und historischer Erfahrungen, annähernd gleich (Arbeit, Brot, Gesundheit, soziale Sicherheit).

Unverkennbar ist auch die Interdependenz von sozialer Sicherheit und sozialem Frieden, aber auch die Bedrohung dieses Gleichgewichts durch ökonomische Krisen. Der Wohlfahrts- und Sozialstaat stößt mehr und mehr an seine Grenzen. Daß das Wort „Sozialabbau“ von der Deutschen Gesellschaft für Sprache zum Wort des Jahres 1993 benannt wurde, zeigt, daß auch in der Bundesrepublik Verfassungstheorie (Ansprüche auf die Garantie sozialstaatlicher Leistungen) und -praxis (Anfänge einer politisch, ökonomisch motivierten Deregulierung) auseinanderzuklaffen beginnen.

Vor einem solchen politischen Hintergrund ist ein historischer Rückblick, ein Vergleich der sozialpolitischen Entwicklung der beiden Länder Deutschland und Frankreich besonders interessant. Es zeigt sich nämlich bei genauerem Hinsehen, daß trotz unterschiedlicher nationalstaatlicher Konzepte – in Deutschland etwa die wesentlich stärkere Rolle des Staates, in Frankreich die Bedeutung der liberal-patriarchalischen Tradition – einige Parallelentwicklungen zu beobachten sind. Daß vor allem während

2 Direktoren dieser im Aufbau befindlichen „Université Européenne de la Recherche“ sind neben Jean-Pierre Faye, Paris; Jean-Francois Bergier, Zürich; Reinhart Koselleck, Bielefeld; Josef Häußling, Privathochschule Witten-Herdecke.

ihrer Entstehungsperiode, aber auch in Krisenzeiten hermetische Barrieren zwischen beiden Systemen nie bestanden, wurde am Beispiel des Elsaß durch *Sandrine Kott* dokumentiert. Der französische Staat hatte lokalen Eliten die Aufgabe übertragen, Fürsorgepflichten zu übernehmen, er förderte und unterstützte Privatinitiativen, z.B. die Entwicklung von Spar- und Unterstützungskassen sowie sozialer Einrichtungen. Dieser „elsässische Paternalismus“ paßte sich jedoch der deutschen staatlichen Sozialpolitik gut an. Es zeichnete sich vorübergehend die Spur eines „Europas der Bürger und Regionen“ unterhalb nationaler Denkmuster ab.

Auch oberhalb nationalstaatlicher Sozialpolitik, gab es, wie *Rainer Gregarek* (Aix-en-Provence) anhand von drei internationalen Komitees (Internationales Komitee für Arbeitsunfälle und Sozialversicherungen 1889; Internationaler Verein für gesetzlichen Arbeiterschutz 1901; Internationaler Verein für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit 1910) belegte, eine europäische Zusammenarbeit, die den möglichen Rahmen einer internationalen Sozialpolitik skizziert. Allerdings verhinderte die Instrumentalisierung aus nationalen Interessen – und besonders im Falle Deutschlands aus mangelnder Bereitschaft nationale Souveränitätsrechte abzugeben – die Entfaltung zur europäischen Sozialpolitik.

Ansätze zu einem möglichen europäischen Sozialstaat lassen sich selbst bei einer eher den nationalstaatlichen Diskurs zugrundeliegenden Betrachtungsweise erkennen. *Hartmut Kaelble* (Berlin) wog eine polyzentristische, europaenthusiastische und sozialhistorische Interpretation im deutschen und französischen Modell gegeneinander ab und leitete von hier aus eine Chance zur Identitätsstiftung europäischer Sozialpolitik ab.

An dieser Stelle wurde die Frage nach der aktiven Rolle der Arbeiterbewegung am Zustandekommen überstaatlicher sozialpolitischer Annäherungen gestellt. In seiner Studie mit dem Titel „Ist Europa eine „Erfindung“ des Bürgertums?“ wies *Detlev Puls* (Bochum) auf diesbezügliche erhebliche Defizite hin. Seine nicht unumstrittene These (so verwies Helga Grebing auf ein „glanzvolles internationales Kooperationsgefüge“ in der Arbeiterbewegung vor dem Ersten Weltkrieg) war, daß das „internationalistische“ Bewußtsein, das einen Teil der leitenden Funktionäre durchaus prägte und die Grundlage für internationale Kongresse und Tagungen bildete, eine insgesamt recht oberflächliche Erscheinung geblieben ist. Bis nach dem Ersten Weltkrieg ist z. B. das mentale Koordinatensystem der von ihm untersuchten Bergleute des Ruhrgebietes stark auf dem lokalen Rahmen fokussiert, so daß die Verweise auf die „internationale Situation“ lediglich als argumentative Hilfsmittel zur Unterstreichung der eigenen Forderungen bzw. als ritualisierte Formeln in dem Agitationsdiskurs der Verbände erscheinen.

Die Forschung sollte weitere solcher auf der lokalen, internationalen und nationalen Ebene erkennbaren neuen Aspekte der Sozialpolitik aufspüren. Frankreich bietet dafür ein weites Experimentierfeld. *Patrick Fridenson*, Paris, regte in diesem Zusammenhang an, das andere Verhältnis zwischen Staat und Arbeiterbewegung in Frankreich näher zu beleuchten, sowohl syndikalistische als reformistische Gewerkschaften wollten soziale Angelegenheiten möglichst ohne den Staat organisieren. *Rainer Hudemann* (Saarbrücken) hat diesen Gedanken in seiner vergleichenden Betrachtung der Sozial-

politik in Frankreich und Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg weiterverfolgt. Die sozio-ökonomischen Probleme haben den nationalstaatlichen Rahmen allerdings längst überschritten und verlangen ein sozialpolitisches europäisches Denken, das auf unterschiedlichen historischen Erfahrungen basiert und somit einen europäischen Sozialraum aktiv mitgestalten kann, ehe erneut atavistische Ideologien nationalistischer Natur in ein sich abzeichnendes Wertevakuum zwischen Wirtschaft und Politik hineinströmen können. Selbst wenn das Thema des Sozialstaates in Deutschland kein nationales Identifikationsobjekt mehr ist, (*Hartmut Kaelble*), selbst wenn Sozialpolitik längst nicht mehr Fortschritt und Aufbau der sozialen Sicherung ist, wird die Angleichung europäischer Sozialsysteme in der Zukunft nicht nur politisch immer wichtiger werden. Der „Standort Europa“ (*Jean-Louis Bianco*, Paris) werde umso sicherer sein, je weiter die europäische Sozialpolitik (Sozialversicherung, Rentensysteme) ausgebaut wird und damit die Konkurrenzfähigkeit der europäischen Wirtschaft verbessert wird. In Deutschland wie in Frankreich werde der jeweilige Staat dabei die Regelungsmechanismen zu übernehmen haben und nicht supranationale Gebilde (*Hans Mommsen*, Bochum).

### 3. Europäischer Raum im 20. Jahrhundert: „Mitteleuropa, Europa von unten“ in der Zwischenkriegszeit.

Die Frage nach den Grenzen Europas stellt sich am Ende des 20. Jahrhunderts neu. Die Auflösung des Ostblocks, inklusive der Sowjetunion, habe, so *Hans-Manfred Bock*, sowohl im Westen als im Osten, zu Diskussionen über mögliche geopolitische Neugliederungskonzepte des bindungsfreigewordenen Raumes geführt. Die Regierungen einer Reihe von Staaten (u. a. die sog. Vyshegrader-Gruppe – Polen – Tschechien – Slowakei – Ungarn – sowie die baltischen Republiken) haben ihr Interesse an eine EG-Annäherung bekundet.

Für Wissenschaft und Politik stellen diese Veränderungen eine Herausforderung dar, die um so größer ist, als es dabei nicht nur darum gehen dürfte, Forschungsdefizite aufzuholen, sondern auch integrative Konzepte zu entwickeln, die auf echter Partnerschaft beruhen (*Jochen Hoock*). In diesem Sinne war es wichtig, daß ein Schwerpunkt der Tagung auf das Problem der Europavorstellungen und Friedenssicherungskonzepte (wie z. B. der Völkerbund) gelegt wurde, und daß die deutsch-französische Bestandsaufnahme an dieser Stelle auf Polen (*Feliks Tych*, Warschau) und Tschechien (*Zdenek Kárník*, Prag) erweitert wurde.

Daß das „Mitteleuropa“-Konzept, das als Bezugspunkt deutscher, österreichischer und ungarischer Handels- und Entwicklungspolitik auf Friedrich Lists „Nationales System der politischen Ökonomie“ (1844) zurückgeht, ohne imperialistische Zielsetzungen war (*Abelshauser*), und vor 1914 keine größere politische Bedeutung gehabt hätte (Drang nach Südosten, These Fritz Fischers), beruhigte die beiden Experten der tschechischen und polnischen Geschichte z.B. nicht. Das Konzept „Mitteleuropa“, das von Friedrich Naumann 1916 politisiert wurde, mag für die deutsche Außen- und Außenwirtschaftspolitik nur zweite oder dritte Wahl gewesen sein (*Abelshauser*), es

wird aber offenbar noch immer als mögliche Bedrohung in Polen, als „Kolonisationsversuch“ (*Tych*, Warschau) empfunden. Im tschechischen wird „stredni Evropa“ mit „das mittlere Europa“ und niemals „Mitteleuropa“ übersetzt, eben weil die Naumannsche Verwendung damit assoziiert wird (*Kárník*, Prag).

Forschungsstrategisch wurde gerade an dieser Stelle deutlich, daß ältere – oft national-konservative – Konzepte aufgearbeitet werden müssen, wenn politische Entscheidungen in der Gegenwart von wissenschaftlicher Seite kritisch begleitet werden sollen (So übereinstimmend *Bernd Faulenbach* und *Hans-Manfred Bock*). Das gilt z. B. für Vorstellungen wie die von Bertrand de Jouvenel, die von *Jochen Hooch* (Paris) vorgestellten wurden. Seine in Texten „Vers les Etats-Unis de l’Europe (1930); ‘Réveil de l’Europe (1938); „Après la défaite“ (1941) aufgestellten aktionistischen Thesen für eine neue Europaordnung weisen eine gefährliche Nähe zum Faschismus auf, und sind mit kritischer Zurückhaltung zu lesen. Diese kritische Annäherung an solche Texte ist um so wichtiger, als solche und ähnliche Modelle in Westeuropa eine gewisse Attraktivität auf bestimmte Intellektuellen- und Wissenschaftlerkreise (Neue Rechte) ausüben und in Osteuropa und Südosteuropa die neuen populistischen Bewegungen ihre Handlungslegitimation aus dem politischen Gedankengut und den Erfahrungen der dreißiger Jahren entnehmen.<sup>3</sup> In einer ganz anderen Richtung liefen die Vorstellungen der Sozialisten Marcel Sembat, Jean Paul Boncourt, Albert Thomas, Léon Jouhaux, die von *Maurice Braud* (Paris) näher beleuchtet wurden. Als überzeugte Befürworter einer friedlichen und gerechten Weltordnung hatten sie u. a. wichtige Ämter in den schon funktionierenden internationalen Institutionen wie der Völkerbund (Boncourt als Vertreter Frankreichs) und das Internationale Arbeitsamt (Thomas als Direktor). Ihre Forderungen nach der Einführung von automatischen Konfliktschlichtungsprozeduren (Boncourt), nach der Entstehung einer europäischen öffentlichen Meinung und der Solidarität mit den unterdrückten Völkern (Sembat) fanden ihre Verwirklichung in der UNO bzw. sind heute noch integrale Bestandteile der Europa-Diskussionen. In gleicher Weise aktuell sind die Vorstellungen von Thomas (Förderung der Gerechtigkeit bei der Gestaltung der Funktionsmechanismen der Wirtschaft und der Arbeitswelt) und Jouhaux (Vorschlag Einberufung einer Weltwirtschaftskonferenz zur Behandlung der für die Sicherung des Friedens und des wirtschaftlichen Wohlstands in der Welt wichtigen Fragen). Aus dieser Beschäftigung mit den frühen Wegbereitern der europäischen Einigung (eine Kontinuität bestand übrigens in der Person von Jean Monnet, der vor dem Krieg Sekretär des Völkerbundes gewesen ist) wird ersichtlich, daß die Zwischenkriegszeit nicht nur durch die Verbreitung autoritärer und faschistischer Thesen geprägt wurde, sondern, daß sie in der Genese unserer

3 In der von Hans-Manfred Bock geleiteten Sektion wurden zahlreiche solcher Defizite herausgestellt: Studien zum Europäischen Kulturbund von Anton Prinz Rohan, zum Europäischen Zollverein von Stern-Rubarth sowie zu den Auswirkungen des Locarno-Vertrages in der Jugendbewegung, einschließlich der Arbeiterjugendbewegung, bei den Kriegsopferverschicksen. Das „Komitee für geistige Zusammenarbeit des Völkerbundes“ und seine Funktion für den Annäherungsprozeß zwischen Deutschland und Frankreich sollte ebenfalls noch näher erforscht werden.

modernen politischen Diskurse eine Schlüsselstellung einnimmt und unter diesem Aspekt eine verstärkte Berücksichtigung in der Wissenschaft finden sollte. Ein möglicher Ansatz zur Wahrnehmung der in diesem Zusammenhang erörterten Forschungsdesiderata könnte das von *Lucian Hölscher* vorgestellte Projekt zu einer „komparativen Semantik“ politisch-sozialer Grundbegriffe in den europäischen Staaten im 19. und 20. Jahrhundert sein<sup>4</sup>. Eine solche Arbeit müßte sich allerdings nicht nur mit den klassischen Grundbegriffen nationaler Identitäten „Nation“, „Heimat“, „Patriotismus“ beschäftigen, sondern ebenfalls die Entwicklung der Termini der föderativen Tradition wie „Integration“, „Friedensordnung“, „Völkerbund“, „Vereinte Nationen“ usw. behandeln. Nur so ließen sich alternative historische Modelle aufzeichnen, deren Bewußtwerdung zur Festigung des europäischen Integrationsprozesses beitragen könnten.

#### 4. Spannungsfelder in Europa am Ende des 20. Jahrhunderts.

Der europäische Diskurs scheint nach Auffassung vieler kritischer Beobachter an der Schwelle zum 21. Jahrhundert weniger harmonisch zu verlaufen als wünschenswert. Die Gegensätze zwischen dem „Europa der Vaterländer, der Nationalstaaten, der Regionen und Bürger“ werden offensichtlich schroffer, trotz des Zwangs zur Globalisierung der Wirtschaft, trotz internationaler Verflechtungen des Weltmarktes. Traditionelle Instrumente der Quotierung, Kartellierung, Besitzstandswahrung, kurz nationale Interessen, gefährden offenbar das vor allem in Deutschland praktizierte liberale, nichtinterventionistische Konzept der Regional- und Industriepolitik. Eine solche eher pessimistische Sicht einiger Diskutanten teilten *Werner Wobbe* (Brüssel) und *Helga Grebing* unter Hinweis auf ihre gemeinsamen Untersuchungen nicht<sup>5</sup>. *Werner Wobbe* betonte die in dieser Lage gebotene „politische Herausforderung“, die in der „Verbindung von Regional- und Industriepolitik“, oder in der „Quadratur des Zirkels der Entwicklung industrieller hochtechnologischer Wettbewerbsfähigkeit und der Verbesserung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts der europäischen Regionen“ läge.

Die Forderung nach „nationalen Stahlkonferenzen“ sei aus der Sicht einer europäischen Standortsicherung (*Jean-Louis Bianco* sprach wiederholt vom „Standort Europa“ und nicht vom Standort des jeweiligen nationalen Staates) daher kontraproduktiv, wengleich aus der Sicht der Betroffenen in den Stahlregionen verständlich. Ein Beispiel für eine wiederum eher skeptische Einschätzung belegte *Hervé Joly* (Poitiers), der die Rekrutierung der wirtschaftlichen Eliten in Frankreich und Deutschland untersuchte. Trotz intensiver wirtschaftlicher Austauschbeziehungen blieben die wirtschaftlichen Eliten sich letztlich fremd. Deutsche wie französische Unternehmen

4 Lucian Hölscher: Zum Projekt einer komparativen Semantik politisch – sozialer Grundbegriffe in den europäischen Staaten. (Projektantrag).

5 Siehe Helga Grebing/Werner Wobbe (Hg.): Industrie- und Arbeitsstrukturen im europäischen Binnenmarkt. Die große Gleichmacherei?, Köln 1993.

würden eher mit Konzernen aus Drittländern kooperieren als mit solchen aus dem Nachbarland .

Noch auffallender ist das Fehlen einer gemeinsamen Migrationspolitik. Zwischenstaatliche Vereinbarungen ersetzen eine gemeinsame, die Ursachen der Wanderungsbewegungen bekämpfenden Politik (*Detlev Samland*, Essen). Auf gewerkschaftlicher Seite ist dies nicht anders. Wie *Peter Kühne* (Dortmund) ausführte, nimmt der europäische Gewerkschaftsbund zwar supranationale Kompetenzen wahr, ist aber erst artikulationsfähig, nachdem entsprechende Positionen zuvor national und zwischen-national abgestimmt worden sind. Hinzu kommt, daß sich die nationalen Verbände, die sich sowieso schwer tun auf Zuwanderungswünsche einzugehen, in der Regel als bloße Arbeitnehmervertretungen verstehen, also geneigt sind sich in Menschenrechtsfragen als nicht zuständig zu erklären<sup>6</sup>.

Die diagnostizierten Schwächen einer gemeinsamen europäischen Politik unterstreichen letztlich die Notwendigkeit einer neuen Europaidee, einer neuen europäischen Verfassung/Öffentlichkeit, jener „neuen Heiratsstrategie“, von der schon mehrfach die Rede war. Auf der Tagung wurden aus historischer Perspektive einige solcher Modelle skizziert. Eine konkrete Perspektive, den „nationalen Provinzialismus“ zu überwinden, wurde z.B. in einem Weiterbildungskonzept für europäische Betriebsräte vorgestellt, das anknüpfend an die aufklärerische Tradition der „Contres-forces“ (Mably) eine langfristige, basisnahe Kooperationsstrategie der Vernetzung zwischen betrieblichen Interessenvertretungen auf europäischer Ebene präsentierte (*Jean-Luc Malvache*, Vendôme/Bochum).

Die Bedeutung der föderalen Tradition der Bundesrepublik Deutschland für den europäischen Integrationsprozess und eine europäische Industriepolitik unterstrich *Paul Klemmer* (Bochum, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Wirtschaftsinstituts, Essen) am Beispiel des Vergleichs der Nachkriegsphase in der Bundesrepublik und speziell der Region Nordrhein-Westfalen mit der Entwicklung heute, in der Ex-DDR. Hier das enge Zusammenwirken von Bund, Ländern und Gemeinden, dort das Fehlen der kommunalen Stützen mit der Folge einer nur schleppend funktionierenden Regional- und Aufbaupolitik. Die Lehre: Trotz der Gefahr, zentrifugale Tendenzen zu stärken, wenn die kommunale Ebene zu stark gefördert wird, sind diese Netze als der eigentliche Motor der Integration auch im europäischen Rahmen zu betrachten. Die diesbezüglich pragmatischen Netze, die *Jean-Louis Bianco* skizzierte (vgl. Zum Fazit der Tagung), ließen sich mit solchen Gedanken verknüpfen. Freilich, was europäische Regionalpolitik jenseits nationaler Interessenpolitik noch genauer ausmacht, wurde aus der Perspektive europäischer Alltagspraxis (*Detlev Samland*, Essen) nicht gesehen. So war denn der Beitrag des Politologen *Mario Telo* (Brüssel) besonders interessant und weiterführend. Er betonte, daß die europäische Integration nur kommen könne, wenn innere Demokratie und die Demokratisierung der supra-nationalen Institutionen

6 Dazu hat das IISG Amsterdam in Zusammenarbeit mit Sozialwissenschaftlern verschiedener universitärer Einrichtungen (u.a. der Sozialakademie Dortmund mit Peter Kühne) ein Forschungsvorhaben organisiert: Trade Unions, Immigration and Immigrant Workers in Western Europe 1960-1993.

miteinander verbunden werden. Nicht die Demokratiedefizite der EG seien das eigentliche Problem, sondern Demokratiedefizite der europäischen Bürger. Es seien institutionelle Reformen unabdingbar, wozu ein neuer Souveränitäts- und Repräsentationsbegriff ebenso gehören wie eine europäische Verfassung, die Bildung einer europäischen öffentlichen Meinung und einer europäischen Zivilgesellschaft durch ein Netz von Organisationen und Parteien.

## 5. Zum Fazit der Tagung

Die abschließende Podiumsdiskussion wurde mit gutem Grund unter das Motto gestellt: „Perspektiven für den Sozialraum Europa im 21. Jahrhundert“. Zugrunde lag die Annahme, daß die Schaffung eines einheitlichen Sozialraumes, eines „europäischen Tarifvertrages“ z.B., der wichtigste Garant für stabile politische Verhältnisse in Europa sei. Die Verabschiedung eines sozialpolitischen Programms auf den institutionellen Ebenen der europäischen Gemeinschaft ist dabei die eine Aufgabe. Vieles ist dazu bereits geschrieben worden. Defizitär sei aber eine andere Ebene:

Wenig erfolgreich waren bislang die Versuche Europa, wie immer man es definieren mag, im Bewußtsein seiner Bewohner zu verankern. Viel zu wenig ist vor allem geschehen, die Diskussion und Entwicklung der Gestaltung Europas als Sozialraum in die Betriebe hineinzutragen, gleichsam differenzierte europäische Bewußtseinsstrukturen auch aus Arbeitnehmersicht mitzugestalten. Europa ist nicht nur in intellektuellen Blättern (*Fritz Vannahme*, *Die Zeit/Hamburg*) kaum „ein Thema“, auch in der nordrhein-westfälischen Industrieregion sind vor allem in den Krisenbranchen wie der Kohle- und Stahlindustrie mit Europa nicht gerade große Hoffnungen verbunden (Günter Brakelmann, Bochum).

Angesichts wachsender nationalstaatlicher Sonderinteressen, in Anbetracht auch der aus historischer Sicht klaren Erkenntnis, daß ein homogenes Europabewußtsein nicht die Alternative zu antieuropäischen und nationalstaatlichen Denkmustern sein könne, ist eine solche Lethargie politisch nicht ungefährlich.

Die Tagung hat gezeigt, daß die Wissenschaft eine Aufgabe darin sehen müßte, den erforderlichen Strukturwandel des europäischen Geschichtsbildes aus gesellschaftlicher Perspektive lebendiger mitzugestalten. Auf deutscher und französischer Seite hat ein entsprechender, teilweise lebendiger Dialog, bereits eingesetzt. Betrachtet man die zahlreichen Kooperationsvorhaben auf wissenschaftlichem Gebiet, bezieht man die auf dieser Tagung benannten und erkannten defizitären Bereiche mit ein, wird man optimistischer gestimmt als es viele europäische Bürger vor allem einzelner Branchen heute sind (Stahlarbeiter, Fischer Landwirte). Historiker, gewohnt in „größeren Räumen zu denken“ (*Helga Grebing*), werden den verbreiteten Pessimismus, ja die Angst gegenüber den Machtstrukturen in der europäischen bzw. politischen Union, im Ministerrat der europäischen Gemeinschaft, nicht teilen müssen.

Freilich, an der Gestaltung einer kritischen „europäischen Öffentlichkeit“, aus der historischen Perspektive „Europas von unten“, muß noch sehr viel gearbeitet werden. Ohne einen Königsweg aufzuzeigen zu können, geschweige denn zu behaupten, den

Stein der Weisen gefunden zu haben wurden auf der Tagung doch einige Anregungen in dieser Richtung erörtert, die festgehalten werden sollten:

So geht es nicht darum, eine „große europäische Vision“ zu entwickeln. Solche Visionen sind historisch und politisch nur allzu sehr belastet. Es geht vielmehr um die kleinen Schritte, die kleinen Visionen. So wird man sich gerade nach der mitteleuropäischen Wende, unter den neuen räumlichen Bedingungen, der Vielfalt Europas, seiner Regionen und Bürger, seiner Geschichte und Kultur bewußter werden müssen. Die jeweilige Alterität, die unterschiedlichen historischen Voraussetzungen müssen bei der neuen Wirtschafts- und Industriepolitik, im Zuge der Öffnung neuer Märkte mitgedacht und berücksichtigt werden. Diese jetzt allenthalben aufgebrochene Debatte konnte auf dieser Tagung gleichsam nur gestreift werden. Aber selbst die bewußte Konzentration auf Deutschland und Frankreich und das hier verbreitete Europabild machte deutlich, daß es profunde Unterschiede gibt, die, sobald man sie erkannt hat, wechselseitig anregend sind. Der Begriff „Nation“ und „Nationalstaat“ vor allem ist es, der in beiden Staaten unterschiedlich konnotiert ist. In Frankreich gibt es zwischen einem Europa der Vaterländer und der Zivilgesellschaft, einer Gesellschaft der Bürger- und Menschenrechte keinen Gegensatz. Nation und Staatsangehörigkeit bilden eine Einheit, in der theoretisch auch die Fremden, Einwanderer und Flüchtlinge akzeptiert werden können. Aufnahmekriterium bildet das „droit du sol“ und nicht das „droit du sang“, das in Deutschland mit „ius sanguinis“ übersetzt wird und als Kriterium für die Zugehörigkeit zu Deutschland gilt. Offensichtlich ist es für einen Franzosen daher auch selbstverständlicher die „kleinere Vision Europa“ zu propagieren und mit konkreten Inhalten und Vorschlägen auszustatten als dies in Deutschland der Fall zu sein scheint. *Jean-Louis Biancos* Plädoyer für mehr „europäische Bürgerschaft“ im Rahmen der jeweiligen Nationalstaaten war schon beeindruckend. Sein Defizitkatalog reichte von mehr Städte- und Schulpartnerschaften, europäischen Medienbündnissen, gemeinsamen Kulturprogrammen, einem anderen europäischen Rechtsverständnis für Minderheiten und Flüchtlinge bis hin zu einem europäischen Zivildienst.

In Deutschland schweben solche Bürger- und Menschenrechtsdiskussionen häufig in der Luft, das dahinter notwendigerweise erforderliche staatliche Gewaltmonopol entzieht sich zumindestens solchen Vorstellungen leichter. Der Begriff der Nation bleibt hierzulande unklar.

Aus deutscher Sicht gibt es aber andere Anregungen für die Gestaltung einer europäischen Vision. So das Konzept der Region, eine Vorstellung, die bei dem Übergewicht nationalstaatlicher Prämissen in Frankreich kaum entwickelt wurde. Ausgehend von den gemeinsamen ökonomischen Interessen in Europa seien mit dem Konzept der Region Chancen für die Entwicklung einer neuen Industriepolitik gegeben<sup>7</sup>. Auch gälte es die Märkte gegenüber den USA, Japan und Osteuropa zu öffnen und nicht abzuschotten, wobei andere qualitativere Warenpaletten und Produktionsformen gefunden

7 Vgl. Rainer Schulze (Hg.): *Industrieregionen im Umbruch*, Essen 1993. Aus politologischer Sicht ist an die von Carl Joachim Friedrich in einem seiner letzten Bücher entwickelten Beobachtungen anzuknüpfen: *Europa-Nation im Werden?*, Bonn 1972.

werden müßten und könnten („Massenproduktion im westlichen und südlichen Europa ist out, nicht jedoch in Osteuropa“, *Helga Grebing*). Daß insbesondere auch die Gewerkschaften neue Strategien in dieser veränderten räumlichen Situation der Erweiterung der EU von den EFTA Ländern bis zu den mittleren europäischen Staaten nach Osteuropa angesichts der Politik des „internationalen kapitalistischen Managements“ (*Helga Grebing*) finden müßten, war eine jener konstruktiven Anregungen, die im übrigen an in Frankreich partiell bereits vorhandene Erfahrungen anknüpfen könnten<sup>8</sup>. In einem Tagungsbericht können nicht alle diskutierten Aspekte berücksichtigt werden. Festgehalten werden sollte abschließend, daß es aus historischer und ökonomischer Perspektive, bezogen zunächst auf die beiden engsten Partner der europäischen Integration, Frankreich und Deutschland, trotz aller Unterschiede, gemeinsame Überzeugungen und Interessen gibt, die es zu pflegen gilt, weil sie als Fundament für die Entwicklung einer neuen „europäischen Heiratsstrategie“ dienen könnten. Aus der Sicht des Veranstalters, des Instituts zur Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung der Ruhr-Universität Bochum, ist abschließend festzuhalten:

1. Der am Bochumer Institut seit seiner Gründung eingeschlagene, in zahlreichen Veröffentlichungen erkennbare Weg, einen Beitrag zur Überwindung zu enger ökonomistischer und auch nationalstaatlich orientierter Wahrnehmungsperspektiven leisten zu wollen, sollte fortgesetzt werden<sup>9</sup>. Die Kooperation mit anderen europäischen, auf diesem Gebiet arbeitenden Institutionen sollte freilich erweitert und verbessert werden.

2. Die Fülle der interessanten, im Verlauf der Tagung gerade auch in diesem Zusammenhang erkennbar gewordenen Defizite sollte abgebaut werden. Es sollte versucht werden, den von Rudolf von Thadden eingeforderten „Dialog einer noch kleinen Diskussionsgemeinschaft an der Schwelle zum 21. Jahrhundert“ intensiver als bislang geschehen, fortzusetzen. Wenn es denn gilt, den gegenwärtigen Defätismus vieler europäischer Bewohner überwinden zu sollen, dann sollte gerade die Wissenschaft Europa als eine Herausforderung begreifen und pragmatische Visionen, aus historischer und konstruktiv-kritischer Perspektive für ein „Europa der Vaterländer, der Regionen und der Bürger“ entwickeln helfen.

Peter Friedemann

8 Vgl. Helga Grebing: Arbeiterbewegung in Europa oder europäische Arbeiterbewegung, in: *Pastoral-Theologie. Monatsschrift für Wissenschaft und Praxis in Kirche und Gesellschaft*, 1991, S. 474-491.

9 Zu erwähnen sind insbesondere die länderspezifischen Mitteilungshefte des Instituts zur Lage und dem Stand der Erforschung der Arbeiterbewegung in Schweden, Finnland, Großbritannien, Polen und Frankreich. In Vorbereitung sind Hefte zu Litauen, Spanien und Norwegen. Vgl. ferner: Werner Abelshauser (Hg.): *Konflikt und Kooperation. Strategien europäischer Gewerkschaften im 20. Jahrhundert*, Essen 1988; Helga Grebing/Peter Brandt/Ulrich Schulze-Marmeling (Hg.): *Sozialismus in Europa. Bilanz und Perspektiven*, Essen 1989; Helga Grebing/Klaus Kinner (Hg.): *Arbeiterbewegung und Faschismus. Faschismusinterpretationen in der europäischen Arbeiterbewegung*, Essen 1990; Hartmut Simon: *Die Internationale Transportarbeiterföderation*, Essen 1993.